

Geflüchtete sind keine Naturkatastrophe

Foto: Vedran Pilipović



Meisa Erkurt
Nachsitzen

Ich bin es leid, über meine Fluchtgeschichte zu berichten, in der Hoffnung, Empathie für flüchtenden Menschen zu erzeugen. Empathie bei jenen, die meinen, dass wir nicht alle retten können, die ernsthaft in Erwägung ziehen, Menschen im Mittelmeer ertrinken oder vor der Grenze sterben zu lassen.

Menschen, die sie nur noch als Flüchtlingsströme, Flüchtlingswellen, Flüchtlingsanstürme sehen. Wie Naturkatastrophen, um sie zu entmenschlichen und von uns fernzuhalten. In Österreich wurde ein „Flüchtlingspiel“ verboten, in dem ein Verein in einer Wiener Schule die Behördengänge, die geflüchtete Menschen in Österreich durchmachen, mit den Jugendlichen nachgespielt hat, mit der Begründung, dass sei zu hart für die Kinder. Wir wollen keine „Flüchtlingsspiele“ an „unseren“ Schulen, weil wir wollen, dass dieses Leid weit wegbleibt. Wir finden, dass Behördengänge nachzuspielen zu hart für „unsere“ Kinder ist, aber dass afghanische, sudanesishe, syrische Kinder ertrinken, verhungern, erfrieren, nehmen wir hin. Wir sagen „Flüchtlingskrise“ und tun so, als wären wir es, die diese Krise hätten und nicht Menschen, deren Heimat zerstört, deren Familien ermordet, deren Leben keinen Wert mehr zu haben scheint.

Europa hätte die Mittel, diesen Menschen zu helfen, stattdessen feuert man mit Tränengas und Wasserwerfern auf Schutz suchende Menschen. Dann gehen die Bilder von diesen Menschen, von denen einige darauf aggressiv reagieren, weil sie sich verteidigen müssen, es tut sonst ja keiner, um die Welt, und wir bekommen Angst vor diesen Flüchtlingen, die vor unseren Grenzen stehen. Die Politik setzt auf diese Bilder. Geflüchtete werden als Druckmittel zwischen der Türkei und der EU eingesetzt, und wir nehmen hin, wenn von „Grenzen schützen“ und „Routen schließen“ die Rede ist, auch wenn das bedeutet, die Schutz suchenden Menschen in den sicheren Tod zu schicken.

Ich bin es leid, von meiner eigenen Fluchtgeschichte zu berichten, in der Hoffnung, Empathie zu erzeugen, denn es geht hier nicht um mich. Auch ich fühle mich ohnmächtig. Mehr als zu spenden und die Politik an ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen zu erinnern kann ich ja auch nicht. Meine Mutter ist mit mir 1992 vor dem Bosnienkrieg geflüchtet. Die Flucht war dramatisch, aber nicht ansatzweise so grausam wie die der Menschen, die sich jetzt in Griechenland befinden. Ich wäre wahrscheinlich trotzdem tot, hätten sich die „Grenzen schließen“-Rufer, die „Wir können nicht alle aufnehmen“-Sager durchgesetzt. Dass die, die das heute sagen, meinen Tod in Kauf genommen hätten, macht auch etwas mit mir, obwohl es nicht um mich geht.

In ein paar Jahrzehnten wird sich die ganze Welt dann fragen, wie das alles möglich war, wie wir alle bloß zuschauen konnten, während Menschen vor unserer Haustür ertrunken, erfroren, verhungert und erschossen wurden.

die dritte meinung

Die EU darf der Türkei nicht den Schutz der syrischen Bevölkerung überlassen, sagt Daniel Steinmaier

Die Bilder von der türkisch-griechischen Grenze sind schockierend. Aber das menschenrechtliche Versagen Europas beginnt nicht erst mit Tränengas und Schüssen gegen Flüchtende. Das Versagen Europas beginnt, wo wir schulterzuckend zulassen, dass Autokraten und Diktatoren Zivilist*innen massakrieren. Es beginnt dort, wo schwerste Kriegsverbrechen straflos bleiben und die Täter gar noch auf diplomatische Schmeicheleien, wirtschaftliche Kooperation oder Rüstungsgüter hoffen dürfen.

Daniel Steinmaier arbeitet für die Leipziger NGO „Adopt a Revolution“. Der Verein unterstützt die Arbeit der syrischen Zivilgesellschaft und vermittelt Informationen aus der syrischen Demokratiebewegung.

Allein seit Dezember 2019 haben das Assad-Regime und die russische Luftwaffe fast eine Million Menschen in der Region Idlib in Richtung türkischer Grenze vertrieben. Sie fliehen vor einem Regime, das in den letzten neun Jahren Hunderttausende Menschen inhaftiert und Zehntausende zu Tode gefoltert hat – oft nur, weil sie als illoyal zum syrischen Staat galten. Die EU hat dabei zugesehen. Gekümmert hat sich die EU nur darum, dass es die fliehenden Syrer*innen nicht nach Europa schaffen – und hat dafür Erdoğan

als Türsteher eingekauft: Mit EU-Geld hat er an der syrischen Grenze eine meterhohe Mauer errichten lassen. An deren Wand stehen die Syrer*innen in Idlib nun mit dem Rücken. Weil der Druck auf die Grenze immer größer wird, geht die Türkei jetzt militärisch gegen Assads Offensive vor – und hat Tausende Flüchtlinge an die EU-Grenzen geschickt, um dafür Unterstützung von der EU zu erpressen.

Doch die Flüchtlinge stehen nicht an den Grenzzäunen Europas, weil Erdoğan sie schickt. Sie stehen dort, weil die EU nichts zu ihrem Schutz unternehmen hat. Wenn die EU ihren menschenrechtlichen Ansprüchen auch nur ein bisschen näher kommen will, muss sie eine außenpolitische Kehrtwende vollziehen. Die europäischen Staaten müssen endlich eine aktive Friedenspolitik verfolgen, etwa indem sie eine UN-Schutzzone ins Spiel bringen, und sie dürfen es nicht der Türkei überlassen, die syrische Zivilbevölkerung vor Bombardements zu schützen. Es gilt, nicht die Symptome zu bekämpfen, sondern die Ursachen – und die liegen in Syrien.